

BERN, SEITE 23:

Tarife für Privatkliniken

Vorerst gelten 9745 statt 7497 Franken

Das Bundesverwaltungsgericht will mit einem Zwischenentscheid vermeiden, dass den Berner Privatspitälern das Geld ausgeht.

Ende März hat das Bundesverwaltungsgericht die Tarife für die bernischen Privatkliniken stark gesenkt. Die Richter verordneten einen vorübergehenden Basispreis (Baserate) von 7497 Franken. Dieser tiefe Preis sollte bis zum Vorliegen des definitiven Urteils gültig sein. Damit sollte vermieden werden, dass Privatspitäler unter Umständen Geld an die Krankenkassen zurückzahlen müssten. In einer zweiten Zwischenverfügung kam das Gericht nun auf den ersten Entscheid zurück. Demnach gelten jetzt die Tarife, wie sie vom Regierungsrat Anfang Jahr festgelegt wurden: Für den Grossteil der betroffenen Privatspitäler bedeutet dies eine Vergütung pro stationären Fall von 9745 Franken. Seinen jüngsten Zwischenentscheid begründet das Gericht damit, dass bei den Kliniken andernfalls Liquiditätsengpässe drohen würden. Das könne nicht wieder gutzumachende Nachteile zur Folge haben. Die betroffenen Privatspitäler hätten glaubhaft gemacht, dass der erste, provisorisch festgelegte Tarif zu Personalabbau und zur Schliessung von Abteilungen oder ganzer Spitäler führen würde. Die entstehenden Engpässe könnten auch nicht mit Bankkrediten aufgefangen werden. Kreditanfragen betroffener Spitäler seien von Banken abschlägig beantwortet worden. Unter diesen Umständen seien die Tarife vorerst wieder höher festzusetzen.

Jean-François Andrey, Direktor des Lindenhof-Spitals in Bern, zeigte sich erleichtert. «Eine grosse Last bezüglich der Liquidität ist gewichen.» Andrey wies jedoch darauf hin, dass ein öffentliches Spital für die gleiche Behandlung 10 785 Franken abrechnen könne. Adrian Dennler, Direktor des Beau-Site und Präsident des Verbands der Privatspitäler des Kantons Bern, sprach von einer «tragbaren Lösung». «Die akute Bedrohung ist zwar weg, doch es fehlen immer noch 10 Prozent.» Die Verhandlungen um die Preisfindung könnten nun weitergehen. Auch Regierungsrat Philippe Perrenoud (SP) nahm den Entscheid mit Genugtuung zur Kenntnis. (wal/sda)